

BürgerInnenbrief **Mitte**

29. Juni 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HCU-Uni +++ HSH PUA +++ »Heiße Sanierung« +++ Sport gegen Gebühr +++ Hiroshima-Platz +++ Theaterrundgang

Schwarz-grüne Verschwendungssucht



Weniger Studenten und 69 Mio. teurer: Modell der HCU in der HafenCity

Die »Architekturhochschule in der HafenCity« (HCU) wurde von der CDU stets als ein herausragendes Vorhaben gesehen. Finanziert werden soll dieser Leuchtturm über das Sonderinvestitionsprogramm »Hamburg 2010«. Zur Begründung der aufwändigen Gestaltung von neuem Gebäude und Standort in der HafenCity wurde gegenüber der Bürgerschaft angeführt,

- dass durch einen »architektonisch anspruchsvollen Neubau die besondere Baukultur Hamburgs« hervorgehoben werden soll,
- dass der Neubau »in exponierter Lage« stehen müsse
- und dass damit »ein wichtiger Beitrag zur Belebung der HafenCity geleistet« werde.

Die zuständige Senatorin, Dr. Herlind Gundelach, hat in die Bürgerschaft eine Drucksache eingebracht, mit der sie die Freigabe von 84 Mio. Euro für den Neubau erhalten wollte. Kritik an diesem Projekt und der Begründung gibt es sowohl von Seiten des Rechnungshofes als auch der Oppositionsparteien SPD und DIE LINKE. Die Regierungsparteien CDU und GAL wiederholten gebetsmühlenartig, der Bau einer Architektur-Universität im Hafen sei nun mal ihr politischer Wille, um die Wissenschaft in der Stadt zu stärken. Das habe der Rechnungshof nicht zu beanstanden. Und die Opposition habe eben ganz andere Vorstellungen über die Förderung von Wissenschaft und Forschung.



Deutlich günstiger zu renovieren: Räume an der Hebebrandstraße

In der ersten Beratung im Haushaltsausschuss kam es zum Eklat. Statt die Drucksache zu dem 84-Millionen-Euro-Projekt durchzuwinken, forderte der Ausschuss die Behörde zur Nachbesserung auf. Aus der Nachbesserung wurde allerdings nichts, auf Basis der umstrittenen Drucksache drückten die Koalitionsfraktionen die Entscheidung in einer weiteren Sitzung des Haushaltsausschusses durch.

Die These der Senatorin, das Projekt sei schon in der vorherigen Legislaturperiode beschlossen worden und sie setze deshalb nur den Willen der Bürgerschaft um, ist unzutreffend. In dem gegenüber der Bürgerschaft angekündigten Verfahren war für die HCU ein Modell vorgesehen, bei dem die Leistungen von der Planung bis zur Bewirtschaftung über einen Zeitraum von 25 Jahren von einem privaten Partner übernommen werden sollten (Betreiberkonzept). Ohne ausführliche Untersuchung und Begründung konstatierte dann die Behörde, dass man keinen privaten Partner finden könne. Deshalb habe die Stadt das Projekt alleine zu finanzieren.

Für die Finanzierung gibt es zwei Vorgaben:

Erstens: Der Senat hatte den Behörden ausdrücklich auferlegt, Einzelvorhaben, die aus dem Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms (SIP) finanziert werden sollen, mit Einzeldrucksachen zu konkretisieren und dabei die Forderungen des Rechnungshofs aus dem Jahresbericht 2004 nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu berücksichtigen.

Zweitens: Diese Anforderung ist auch zwingend in der Landeshaushaltsordnung vorgeschrieben. Solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (§ 7 Absatz 1 LHO) beinhalten u.a. auch die Entwicklung alternativer Lösungsmöglichkeiten.

Die geforderte Einzeldrucksache, die damit zeitlich verbundene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und somit auch Kostenschätzungen für Alternativen liegen bis heute nicht vor.

Auf diese Mängel hat der Rechnungshof in beiden Sitzungen des Ausschusses hingewiesen. Auf eigene Initiative hatte der Landesrechnungshof die Drucksache der Wissenschaftsbehörde zum Bau der HafenCityUniversität als nicht beschlussreif moniert. In der ersten Beratung wurde die Drucksache

daher nicht beschlossen. Der Ausschuss forderte die Behörde vielmehr zur Überarbeitung auf. Für wenige Tage später wurde eine Sondersitzung angesetzt und die unveränderte Vorlage als beschlussreif deklariert.

Die Opposition und wohl auch der Landesrechnungshof hatten erwartet, dass die Wissenschaftsbehörde ihre vom Rechnungshof als »nicht etatreif« eingestufte Drucksache überarbeitet und eine in sich stimmige Begründung für die Wirtschaftlichkeit liefert. Der Rechnungshof monierte erneut, dass es für den Standort keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gibt – obwohl diese vorgeschrieben ist. Rechnungshof-Direktor Olde Friedrichsen verwies darauf, dass man den jetzigen HCU-Standort an der Hebebrandstraße (City Nord) für 15 Mio. Euro ausbauen könne.

Ich habe mir zusammen mit einem Bauexperten das bisherige Gebäude der HCU in der CityNord angesehen. Von einem Sanierungsfall kann keine Rede sein. Der jetzige Standort bietet genug Flächen, um das bisherige Raumangebot zu ergänzen. Richtig ist, dass ein aufwändiger Neubau in der HafenCity – auch wenn dort weniger Studenten untergebracht werden können und keine Ausbaumöglichkeiten existieren – für eine größere Medienaufmerksamkeit sorgt.

Fakt ist: Mitten in einer schweren Wirtschaftskrise will die schwarz-grüne Koalition für einen spektakulären Neubau 84 Mio. Euro ausgeben, obwohl eine Erweiterung in der CityNord, zudem für mehr Studenten, für ca. 15 Mio. Euro zu haben wäre. Diese Unverhältnismäßigkeit beim Geldausgeben zeigt sich auch an vielen anderen Punkten: Beispiel Doppelrennbahn Hamburg-Horn. Der schwarz-grüne Senat bewilligte 1,4 Mio. Euro für die Projektplanung, die Trabrennsport und Galopp-Derby an einem Standort zusammenbringen soll. Die Kosten konnte Sportsenatorin Karin von Welck noch nicht beziffern. Man rechne mit 30 bis 60 Mio. Euro, sagte sie. Alles was über 30 Mio. Euro liege, »wäre durch private Investoren zu tragen«. Die Doppelrennbahn soll 2012 fertig sein und privatwirtschaftlich betrieben werden, das Areal um sie herum auch den Bürgern des Stadtteils offen stehen. Der Wunsch

wird aber Illusion bleiben, weil der Investor mit Sicherheit die Exklusivität der Raumnutzung beanspruchen wird, um seine Einnahmen zu sichern.

Ohne große Anstrengungen kommt man auf ein Umschichtungspotenzial im laufenden Haushalt 2009/2010 von 250 Mio. Euro. Mit diesem Geld könnte und sollte man energische Schritte gegen die Wirtschaftskrise und den sich abzeichnenden Anstieg der Arbeitslosigkeit unternehmen. Denn die Stadt wird einer Prognose des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts zufolge besonders hart von der Finanzkrise getroffen. Das HWWI geht von einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um etwa 7% aus (bundesweit wird mit um die 6% gerechnet). Vor allem das verarbeitende Gewerbe in Hamburg erwartet laut HWWI harte Zeiten, dort stehe ein Rückgang um 9,5% bevor, das produzierende Gewerbe müsse mit einem Minus von 8,5% rechnen. Hauptgrund für das schlechte Abschneiden Hamburgs ist die Abhängigkeit der Hafencity von der Exportwirtschaft. Es gibt also drängende Probleme. Und es gibt eine immer absurdere

Politik des schwarz-grünen Senats. Einmütig erklären die Senatorin und die Sprecher der Koalition: Für den Senat habe stets festgestanden, die HCU in der Hafencity zu bauen. Eine Untersuchung für einen Standort, den man gar nicht wolle, mache keinen Sinn. Im Übrigen koste die Sanierung 46 Mio. Euro und nicht 15 Mio. Euro. Offenkundig reichten diese spärlichen mündlichen Begründungen für die Regierungskoalition aus, um die Mittel freizugeben.

SPD und DIE LINKE haben hingegen festgehalten

1. Es liegt ein klarer Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung vor.
2. Senat und Koalitionsparteien haben die Rolle und Funktion des Rechnungshofes negiert und somit die bisherige Grundlage für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen außer Kraft gesetzt.
3. Angesichts dieses schwerwiegenden Verstoßes gegen Recht und Gesetz in der Freien und Hansestadt Hamburg muss geprüft werden, ob der Konflikt dem Hamburger Verfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt werden muss.

Freytag & Peiner: Ein Fall für die Strafjustiz?



Michael Freytag und Wolfgang Peiner: der Nachfolger & sein Vorgänger

Die HSH Nordbank hat im vergangenen Jahr 2,7 Milliarden Euro Verlust gemacht. Fest steht, dass der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Geschäftspolitik ein schwerer Vermögensschaden zugefügt wurde. Zur Aufklärung der Verantwortlichkeit von Vorstand und Aufsichtsrat wurde jetzt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem ich für die Fraktion DIE LINKE angehöre.

Parallel zum Untersuchungsausschuss ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg aufgrund einer Strafanzeige wegen des Verdachts schwerer Untreue. Seit Staatsanwälte die Staatsbank KfW gefilzt und Büros früherer Vorstände der Sachsen LB durchsucht haben, ist die Finanzkrise auch ein Fall für

die Strafjustiz. Bei anderen Geldinstituten laufen ebenfalls Ermittlungen.

Der Verdacht der Untreue in einem besonders schweren Fall begründet auch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Frühere HSH-Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrates stehen im Verdacht, ihre Vermögensfürsorgepflicht sträflich verletzt zu haben. Die Bank hat kurz vor Auslaufen der Gewährträgerhaftung billige Kredite aufgenommen und damit hoch riskante Papiere gekauft. Bei dieser Operation wurde ein »Schnellankaufverfahren« praktiziert, bei dem eine genauere Prüfung der Risiken mehr und mehr unterblieben ist. Es gilt also zu prüfen,

ob die HSH-Führungsebene maßgebliche Direktiven der Bankenaufsicht nicht beachtet hat. Denn bevor sich das Kreditinstitut mit Finanzderivaten im Wert von rund 30 Mrd. Euro eingedeckt habe, ist nicht einmal eine konzernweite Risikokontrolle eingerichtet worden.

Es geht nicht darum, die Bankmanager allesamt zu Tätern oder Gehilfen einer nicht existierenden Straftat namens Finanzkrise zu erklären. Aber es muss geprüft werden, ob sich die Bankmanager wissentlich über Mindestanforderungen hinweggesetzt haben, die die Bankaufsicht für das Risikomanagement festgesetzt habe. Wenn der noch amtierende Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Peiner trotz der inzwischen überdeutlich gewordenen Probleme das Geschäftsmodell der HSH Nordbank dieser Tage erneut zu verteidigen sucht, dann wird das Problem sichtbar: »Es ging darum, die Gewährsträgerhaftung für eine preiswerte Kapitalausstattung zu nutzen, um das Geld anschließend mit einer guten Zinsdifferenz anzulegen. Das hat den Aktionären in der Vergangenheit hohe Gewinne gebracht. Dieses Geschäftsmodell wurde von niemandem, auch nicht von der Bankenaufsicht, in Frage gestellt.« Es geht aber nicht nur um die Rolle der Manager in diesem Desaster, sondern geprüft werden muss vor allem auch die Rolle des Aufsichtsrates bei der Fehlentwicklung und in dem sich anschließenden Krisenbewältigungsprozess. Namentlich wollen wir das Verhalten eben jenes HSH-Chefausehers und früheren Finanzsenators Wolfgang Peiner sowie des jetzigen Finanzsenators Michael Freytag (beide CDU) unter die Lupe nehmen. Peiner hat bereits eingeräumt, dass er aufgrund seiner Erfahrung hätte erkennen können, dass das Kreditersatzgeschäft für die Landesbank zu groß gewesen ist. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank lässt die Arbeit amtierender und früherer Vorstände überprüfen. Die Anwaltssozietät Freshfields Bruckhaus Deringer soll feststellen, ob die Vorstände ihren unternehmerischen Pflichten nachgekommen sind. Selbstverständlich gilt es, diese Ergebnisse im Untersuchungsausschuss einzubeziehen.

Die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist weit mehr als ein wirtschaftlicher Abschwung beträchtlichen Ausmaßes. Er ist ein Zeichen dafür, dass die finanzielle Globalisierung, die die Vereinigten Staaten in den 20 Jahren nach dem Kollaps des Kommunismus beschleunigt vorangetrieben haben, faktisch gescheitert ist. Der Nobelpreisträger für Öko-

nomie Paul Krugman konstatiert zu Recht: »Die Bankenkrise zeigt, dass deregulierte, unüberwachte Finanzmärkte allzu leicht katastrophale Ausfälle hinnehmen müssen. Dies war schon die Erfahrung aus der großen Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. Wir zahlen jetzt den Preis für unsere vorsätzliche Amnesie. Wir haben es vorgezogen zu vergessen, was in den 30er Jahren passiert ist. Und weil wir uns gewei-gert haben, aus der Geschichte zu lernen, wiederholen wir sie jetzt.«

In dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss soll darüber hinausgreifend geklärt werden, wer für die Entwicklung der HSH Nordbank zu einer Kapitalmarktbank verantwortlich war. Von großem Interesse ist weiterhin, ab welchem Zeitpunkt die schwierige Geschäftslage für Vorstand und Aufsichtsrat bekannt wurde und ob die angemessenen Schritte zu einer Rückführung des Verlustrisikos eingeleitet wurden.

Nicht nur der Vorsitzende, sondern der gesamte Aufsichtsrat hatte eine Vermögensfürsorgepflicht, die offenkundig im Bereich des Kreditersatzgeschäftes unzureichend wahrgenommen wurde. Der Vermögensschaden für die Freie und Hansestadt Hamburg ist beträchtlich, im Untersuchungsausschuss sollen deshalb auch Vorschläge entwickelt werden, wie in Zukunft Vermögensschäden und unvermeidbare finanzielle Risiken für die Stadt durch Fehlentwicklungen in Unternehmen, an denen sie maßgeblich beteiligt ist, vermieden werden können.

Der Vorwurf der schweren Untreue zulasten der Freien und Hansestadt zielt konkret auf folgende Punkte:

1. Das Geschäftsmodell, mit zinsgünstigen Anleihen Geld aufzunehmen, um aus strukturierten Finanzprodukten höhere Zinsen einzulösen, war weder seriös noch nachhaltig. Es wurde lediglich eine spekulative Grundkonstellation der Finanzmärkte seit Anfang 2000 ausgenutzt.
2. Der Aufsichtsratsvorsitzende und das weitere Führungspersonal haben keine vorgeschriebene Risikoanalyse durchgeführt.
3. Es wurde nach Umkippen des Marktes zu spät auf die Krise reagiert.
4. Bei der Kapitalerhöhung im Juli 2008 wurde die schwierige Lage der Bank gegenüber den öffentlichen Eigentümern nicht aufgedeckt.

Brandstiftung mit System?

Rund 1.000 Menschen demonstrierten am 13. Juni 2009 unter der Parole »Die Stadt gehört Allen!« gegen die »Gentrification« ihrer Viertel (siehe dazu auch den Beitrag im letzten BürgerInnenbrief vom 8. Juni). Der Begriff meint die Aufwertung ganzer Innenstadtviertel, vor allem die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung und der kleinen Nahversorgungsläden.

Die Menschen im Schanzenviertel und in St. Pauli können dazu mittlerweile traurige Lieder singen, in Eppendorf, Otten-

sen und Eimsbüttel schon länger, und auch in Wilhelmsburg sind erste Tendenzen bemerkbar.

In rasantem Tempo schreitet die Gentrifizierung in »meinem« Stadtteil St. Georg voran: die Umwandlung von 300 bis 400 ehemals günstigen Miet- in »hochwertige« Eigentumswohnungen in den vergangenen zehn Jahren, Quadratmeterpreise zur Miete ab 11 Euro und im Eigentum bis zu 6.000 Euro, massive Mieterhöhungen auf der Langen Reihe, denen gerade mehrere »alte« Läden zum Opfer fallen (z.B. nach 43



Brände gestiftet: Der Hof der Knorrestraße am 26.6.2009

Jahren der »Musikkeller«, dem die Kellermiete von 11 auf 38 Euro angehoben wurde), und der skandalöse Rauswurf von Menschen mit wenig Einkommen aus dem Merckstift in der Knorrestraße sprechen Bände.

Wie schon 1989 ist es genau zwei Jahrzehnte später wieder die Unternehmerzeitschrift »Capital«, die ein Hohelied auf die hiesigen Renditemöglichkeiten anstimmt. Damals wurde prognostiziert, dass in St. Georg »Immobilien mit sicherem Gewinn« locken, 20 Jahre später gilt das bahnhofsnahe Viertel (»Früher Schmutz, heute Szene«) als eine der »besten Wohnlagen in Hamburg«.

Es geht also um ausgesprochen viel Geld, Grundstücke sind hier mittlerweile viele Millionen schwer. Und so wird auch im vornehmen Hamburg zu kriminellen und besonders brutalen Mitteln gegriffen, um Platz für Eigentumswohnungen und immer neue Hotelbauten zu schaffen. In mindestens vier Fällen gab es nachweislich Brandstiftungen auf Grundstücken, für die andere, renditeträchtigere Pläne in den Schubladen lagen: in der Langen Reihe, der Gurlittstraße, der Zimmerpforte und jüngst eben in der Knorrestraße.

Dass die »heiße Sanierung« inzwischen ein probates Mittel der Einschüchterung und Vertreibung von angestammten BewohnerInnen ist, macht die Antwort des Senats auf meine Schriftliche Kleine Anfrage (Bürgerschafts-Drucksache 19/3236 vom 16.6.2009 – diese und alle bisher gestellten Anfragen und Antworten unter www.linksfraktion-hamburg.de) deutlich: Alleine in den letzten fünf Jahren wurden in St. Georg 43 Brände (in Worten: dreiundvierzig) gelegt. Natürlich spielt der Senat das Problem herunter, wenn in der Antwort u.a. lapidar formuliert wird: »Aus polizeilicher Sicht ist der Stadtteil St. Georg hinsichtlich der Begehung von Brandstiftungsdelikten unauffällig.«

Will der Senat die Betroffenen mit solchen ignoranten Sprüchen veräppeln? Wenn in St. Georg und offenbar auch in anderen Stadtteilen alljährlich mindestens zehn Brände gelegt werden, ist das dann normal und unauffällig? Obwohl man in St. Georg noch bis vor wenigen Tagen die Spuren des letzten Brandanschlages sehen konnte?

Wie viele von diesen Brandstiftungen direkt im Zusammenhang mit Grundstücks- und Häuserspekulationen stehen, bedarf noch der detaillierten Prüfung, die Aufklärungsrate ist jedenfalls gering. Klar ist jedoch: Die Stadt muss diese kriminellen Machenschaften stoppen und ist dringend gefordert, endlich etwas zum Schutz der Menschen und zur Sicherung ihres Wohnrechts zu tun. Das gilt insbesondere für die MieterInnen mit geringem Einkommen in den innerstädtischen Quartieren.

Es ist schon eine Zumutung, zur Kenntnis und hinnehmen zu müssen, wie sich St. Georg in den vergangenen Jahren verändert hat, wie viele Menschen aus der Nachbarschaft weggezogen sind und welche Läden geschlossen werden mussten. Dass nunmehr Brandstiftung und damit die Bedrohung von Leib und Leben offenbar in gewissen Umfang »zum Alltag« gehört, um missliebige, nur Miete zahlende BewohnerInnen zu vertreiben, darf nicht hingenommen werden.

Vom Senat ist zu fordern, dass er endlich für ganz St. Georg und die anderen innerstädtischen Quartiere eine flächendeckende soziale Erhaltensatzung erlässt, dass der MieterInnenschutz für Kleingewerbetreibende verstärkt, ja teilweise überhaupt erst verankert wird (und sei es durch eine Initiative auf Bundesebene), und dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im citynahen Bereich gestoppt wird. So sähe soziale Stadtentwicklungspolitik im Interesse der Menschen aus!

Kicken, schwimmen... nur noch gegen Geld?



Sportplatz im Schanzepark

Noch ist es nicht ganz so, aber mich beschleicht der Verdacht, dass es exakt so kommen könnte! Der schwarz-grüne Senat hatte bereits im September 2008 eine Studie in Auftrag gegeben, wie mit den vorhandenen 151 städtischen Sportplätzen in Zukunft umgegangen werden soll. Am 22. Juni 2009 legte nun die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers ein Gutachten vor – sicher nicht ganz zufällig einen Tag nach der diesjährigen Hauptversammlung des »Hamburger Sportbundes« (HSB). In diesem empfiehlt das smarte Beratungsunternehmen, die öffentlichen Sportanlagen der Hansestadt in eine eigenständige städtische bzw. private Gesellschaft zu überführen bzw. ein Sondervermögen Sportstätten zu schaffen. Dies würde heißen, dass sich die Stadt aus ihrer Zuständigkeit für die öffentlichen Sportplätze, für den Bau, die Pflege und entgeltfreie Vergabe an Vereine tendenziell verabschiedet. Und es könnte über kurz oder lang bedeuten, dass die Sportvereine Gebühren zahlen müssten, wenn sie Platzzeit beanspruchen wollen.

Die Kultur- und Sportsenatorin Karin von Welck wurde auf der HSB-Tagung mit dieser so manchen Sportverein in seiner Existenz bedrohenden Perspektive konfrontiert. Sie betonte, dass alle aufgekommenen »Gerüchte nicht der Sache« dienten, ein »länger andauerndes Prüfungsverfahren« anstehe und alle Maßnahmen sowieso nur der gemeinsam angestrebten »Optimierung der Sportstättenverwaltung« dienen würden. Auf die klare Frage eines Sportfunktionärs, ob auf die Vereine in Zukunft neue Belastungen zukämen, antwortete die Senatorin ausweichend und wiederholte, dass »wir alle eine Sorge haben: das schlechte Sportstättenmanagement«. Das ist allerdings schon ein wenig absurd, denn schließlich ist für das Sportstättenmanagement eben die Kulturbehörde unter der Senatorin von Welck, Staatsrat Dr. Manfred Jäger und Sportamtsleiterin Michaela Petermann zuständig.

Aber vielleicht hat das Ganze ja auch Methode, wie wir sie bereits aus anderen privatisierten Bereichen des ehemals öffentlichen Sektors kennen. Da werden die Sportstätten heruntergewirtschaftet und über einen langen Zeitraum nicht saniert; dann steigt als Retter in der Not eine Art privater Phönix empor, verkündet Fortschritt und Aufstieg, um wenig später die Daumenschrauben anzulegen und eine »Kostenbeteiligung« der NutzerInnen einzufordern. So haben wir es bei Post und Bahn erleben müssen und so steht es jetzt auch für die öffentlichen Sportplätze in Hamburg zu befürchten.

Man muss nur einmal die Brennpunkte der jüngeren Sportpolitik unter die Lupe nehmen: Fast zwei Jahre sind ins Land gegangen, um auch nur die Software für eine elektronische Erfassung und Vergabe der Sportplätze zu entwickeln und zu erproben. Im Koalitionsvertrag von GAL und CDU wurde als flächendeckender Start noch das Jahr 2008 angegeben. Entgegen der Antwort auf meine Kleine Anfrage an den Senat (Bürgerschafts-Drucksache 19/1923 vom 16.1.2009) läuft das Programm auch bis zum Ende des zweiten Quartals 2009 in Hamburg noch immer nicht. Insofern ist die Befürchtung, dass das Sportamt vor der »großen« Herausforderung kapituliert und die Verwaltung der Sportplätze gänzlich in fremde, sprich private Hände legt, nicht an den Haaren herbeigezogen. Die noch immer nicht einsatzfähige Software hat jedenfalls schon mal eine private Firma entwickelt.

Oder nehmen wir den traurigen Zustand der acht städtischen Lehrschwimmbecken. Zwei mussten wegen ihres maroden Zustandes bereits vor längerem geschlossen werden. Jetzt tritt der Senat die Flucht nach vorne an. Er saniert noch einmal die Becken, steuert zwei Mio. Euro bei (obwohl die Generalüberholung nach HSB-Berechnungen mindestens 2,6 Mio. Euro kostet), und ist damit beschäftigt, die Lehrschwimmbecken an Vereine und andere private Träger abzugeben.

Erleben wir jetzt die Umsetzung des Modells von PriceWaterhouseCoopers? Wird es in Bälde Gebühren für die Nutzung der Sportplätze und später vielleicht einmal der Hallen geben? Oder schenken wir Frau von Welck Glauben, dass alles gut wird und kostenfrei bzw. -günstig bleibt? So wie bei der Elbphilharmonie? Ich fordere jedenfalls den Senat auf, auf die weitere Privatisierung von öffentlichen Sportflächen zu verzichten und unzweideutig zu erklären, dass es keine Einfüh-

rung von Mietabgaben für Platz- oder auch Hallenzeiten geben wird. Der Breiten- und Freizeitsport in Hamburg braucht mehr Spielräume und Mittel und den unentgeltlichen Zugang zu den Sportplätzen! Was keinesfalls benötigt wird, sind Gebührenordnungen oder gar Nutzungsbeiträge!

Was allerdings ganz dringend gebraucht wird, ist eine städtische Sport(stätten)verwaltung, die diesem Namen und Anspruch auch gerecht wird!

»Hiroshima-Platz« für Hamburg!



Hrdlickas Gegen-Denkmal am Stephansplatz

Am 6. August jährt sich zum 64. Mal der Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima. Wenig später, am 1. September, erinnern wir an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren. Beide Gedenktage werden weltweit begangen, um den Schrecken der Kriege nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Diesem Ansinnen dienen in Hamburg verschiedene Mahnmale, insbesondere das »unvollendete« Anti-Kriegsdenkmal von Alfred Hrdlicka (fertiggestellt: »Hamburger Feuersturm« 1985 und »Untergang der Cap Arcona« 1986) nahe dem Dammtorbahnhof. Das »Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.« sammelt nun Unterschriften für eine Petition an den Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, den Platz längsseits des Dammtordammes in »Hiroshima-Platz« umzubenennen. Damit würde nicht nur ein weiterer Kontrapunkt gegen den

nationalistischen Kriegsklotz von 1936 gesetzt werden, dessen kriegsverherrlichende Inschrift »Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen« durch die Gegen-Denkmalen des österreichischen Künstlers Hrdlicka konterkariert werden sollte (fertiggestellt wurden sie allerdings nicht, weil der – damals sozialdemokratisch regierte Senat – auch schon Mitte der 1980er Jahre andere Leuchtturmprojekte für finanziell wichtiger hielt). »Durch die Benennung eines Hiroshima-Platzes«, so der Forumssprecher Dr. Wolfgang Kirstein, »würde auch Hamburg die Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt zum Ausdruck bringen. Dadurch könnte unsere Stadt – wie unsere Verfassung es gebietet – als Mittlerin zwischen den Völkern ein Zeichen für Frieden und Abrüstung setzen.« Ich habe den abgedruckten Aufruf unterschrieben und bitte um die weitere Unterstützung der Initiative.

Ich (wir) unterstütze(n) die Eingabe des Hamburger Forums zur Benennung eines »Hiroshima-Platzes« in Hamburg:
 »Hiermit wird beantragt, in Hamburg einen geeigneten Platz – zwischen Stephansplatz, Dammtordamm und Dag-Hammarskjöd-Brücke – nach der japanischen Stadt Hiroshima zu benennen.«

Vorname/Name _____

Beruf/Funktion (wg. etwaiger Veröffentlichung); Unterschrift _____

Zu richten an das Hamburger Forum, c/o Renate Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Hamburg

Kultur Tipp: »Wie es uns gefällt«



Im letzten Jahr restlos ausverkauft: »Wie es euch gefällt«

Ich empfehle als Kultur Tipp für die nächsten, hoffentlich warmen Tage ein weiteres Mal einen Bummel an der frischen Luft. Nicht irgendeinen, sondern einen Spaziergang mit William Shakespeare durch St. Pauli: Unter dem Titel »Wie es uns gefällt« wird ein Theaterrundgang wieder aufgelegt, den das Kölibri/GWA St. Pauli-Süd e.V. in Zusammenarbeit mit dem Theater am Strom, der Ganztagschule St. Pauli und dem Trägerverein Gesundheitszentrum St. Pauli e.V. im vergangenen Jahr erstmals mit sehr großem Erfolg durchgeführt hat.

In der Programmankündigung heißt es vielversprechend: »Der Theaterrundgang führt die ZuschauerInnen entlang der Bernhard-Nocht-Straße vom Kirchhof der St. Pauli Kirche bis zum Gesundheitszentrum in der Seewartenstraße. Bruchbuden, Ecken voller Geschichte und die fast fertig gestellten glatten Fassaden des neuen St. Pauli bieten links und rechts der Straßen spektakuläre Bühnen für Shakespeares Szenen mit ihrem berühmten Personal: Ariel und Caliban spielen um ihr Leben gern Theater, die Hexen brauen allerorten ihre Süppchen, ein derber Pförtner gewährt Einlass in die St. Pauli Kirche, die Capulets und Montagues halten sich keineswegs ans Waffenverbot, die Liebe von Macbeth und seiner

Lady ertrinkt im Blut, Romeo und Julia klettern zu den Sternen u.v.m.«

Beim Rundgang durch St. Pauli erleben die ZuschauerInnen an mehreren Stationen Szenen in Form einer Verbindung von Performance, Tanz, Musik und Film. »Wie es uns gefällt« ist ein interkulturelles und spartenübergreifendes Theaterprojekt, das mit etwa 50 AkteurInnen im Alter von neun bis 70 Jahren mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund, professionellen KünstlerInnen und Laien, realisiert wird. Auf diese Weise soll eine Brücke geschlagen werden vom Shakespearischen Theater zu den Gegenwartsproblemen in St. Pauli. Und das ist unter der Regie von Christiane Richers (Theater am Strom) allerbestens gelungen.

Insgesamt acht Mal geht es mit Shakespeare in den kommenden Wochen durch St. Pauli: am 27. Juni (Premiere), am 3. und 4. Juli, am 11., 13., 25. und 26. September, jeweils um 18.30 Uhr ab Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12. Die Karten für den Theaterrundgang kosten 16,- Euro (ermäßigt 8,- Euro). Im letzten Jahr waren alle Rundgänge/Vorstellungen restlos ausverkauft. Wer sich das Spektakel nicht entgehen lassen will, sollte also Karten unter 319 36 23 oder über www.gwastpauli.de vorbestellen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**